

steigerungsraten des Bruttoinlandsprodukts. Der Anteil der Dienstleistungsbereiche mit ihren hohen Preissteigerungsraten erreicht nämlich in Baden-Württemberg nach einem vorübergehenden Rückgang Anfang der siebziger Jahre im Jahr 1978 mit etwa 27% nahezu genau wieder den Wert von 1960, während er im Bundesgebiet zwar auch schwankte, im Jahr 1978 aber mit 31% deutlich höher war als 1960 (29%). Zum Ausgleich verminderte sich der Anteil der „Land- und Forstwirtschaft, Fischerei“ mit den sehr geringen Preissteigerungsraten in Baden-Württemberg von 4,8% auf 2,7% deutlich stärker als im Bundesgebiet (von 4,9 auf 3,2%). Das größere Gewicht des „Warenproduzierenden Gewerbes“ in Baden-Württemberg, eines Bereiches, dessen Anteil im Bundesgebiet 1960 und 1978 bei geringen Schwankungen in der Zwischenzeit nahezu gleich groß war, hat mit Sicherheit die gedämpftere Preisentwicklung des Bruttoinlandsproduktes in Baden-Württemberg während der letzten Jahre mitverursacht.

Ausblick

Aus den bisherigen Ausführungen könnte geschlossen werden, daß es keiner besonderen Anstrengungen bedarf, die Stellung unseres Landes auch künftig zu halten. Nimmt Baden-Württemberg doch offenbar im Bundesgebiet, das wiederum im weltwirtschaftlichen Wettbewerb zu den Spitzenreitern gehört, eine günstige Stellung ein. Selbst die rechnerisch unterdurch-

schnittliche Arbeitsproduktivität Baden-Württembergs könnte positiv gedeutet werden, und zwar in dem Sinne, daß die vorhandene Arbeit gleichmäßiger verteilt wird. Eine derartige Deutung der vorliegenden volkswirtschaftlichen Daten könnte sich jedoch sehr schnell als Fehlschluß erweisen, verbergen doch die als Gesamt- und Durchschnittswerte geglättet erscheinenden Daten einen erheblichen Strukturwandel seit 1960, dessen Ausmaß und Differenziertheit sich anhand von volkswirtschaftlichen Gesamtdaten nicht erkennen läßt. Werden mit Hilfe von Fachstatistiken Detailfragen untersucht, zeigt sich sehr deutlich, welcher strukturelle Wandel sich innerhalb der Bereiche vollzogen hat. Hat sich doch zum Beispiel in dem zu Unrecht als statisch angesehenen Bereich Landwirtschaft von 1960 bis 1976 der Bestand an Schleppern um 82% erhöht, und zwar besonders der an starken Zugmaschinen, und der Bestand an Mähdreschern hat sich etwa versiebenfacht. Der Stromverbrauch in der Industrie hat sich im gleichen Zeitraum mehr als verdoppelt, dagegen wurde nur noch ein Siebtel der Kohle, andererseits aber etwa fünfmal soviel Heizöl verbraucht. Im Handwerk sank die Zahl der Schmiedeunternehmen von 1967 bis 1976 um 50%, die der Gas- und Wasserinstallateure nahm um etwa 25% zu. Wurde also in der Vergangenheit die stetige Gesamtentwicklung nur durch enorme Beweglichkeit im Detail erreicht, so ist für die Zukunft wohl gleiches erforderlich, wenn Baden-Württembergs gute Stellung gehalten werden soll.

Sigmar Gall

Schulden von Land und Gemeinden (Gv) Ende 1978

Während die Verschuldung von Land und Gemeinden (Gv) in der Vergangenheit von der Öffentlichkeit ziemlich unbeachtet geblieben ist, ist sie neuerdings durch die notwendige Schuldenvermehrung als Mittel der Rezessionsbekämpfung ins allgemeine Interesse gerückt. Da Folgen und Beurteilung der Schuldenzunahme von der absoluten Höhe her keinerlei Aufschluß über deren fiskalische Bedeutung gibt, ist es erforderlich, die Funktion der öffentlichen Verschuldung näher zu betrachten.

Kräftige Erhöhung der Schulden des Landes

Die Verschuldung der öffentlichen Hand in Baden-Württemberg ist seit dem Jahr 1975 aufgrund der gegenwärtigen konjunkturellen Situation kontinuierlich angestiegen und hat nach den Erhebungen zum 31. 12. 1978 einen neuen Höchststand mit 25,8 Mrd. DM erreicht. Sie hat innerhalb eines Jahres um

2,1 Mrd. DM, das heißt 8,9% zugenommen. Dabei mußte das Land seinen Jahresbedarf, der für 1978 ursprünglich mit 2,052 Mrd. DM, im zweiten Nachtrag mit 3,107 Mrd. DM etatiert war, nicht in voller Höhe, sondern nur zu 87,6% decken. Die Entwicklung der Verschuldung von Land und Gemeinden (Gv) verlief, über einen längeren Zeitraum betrachtet, nicht einheitlich. Während im Jahre 1960 bei einem Gesamtschuldenstand von 6,3 Mrd. DM etwa zwei Drittel der Schulden auf das Land und ein Drittel auf die Kommunen entfielen, waren 10 Jahre später die Schuldenstände nahezu gleich hoch; die Gemeinden (Gv) mußten sich also in den sechziger Jahren wesentlich höher verschulden als das Land, dessen Verschuldung damals als bescheiden bezeichnet werden darf. Erst in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre ist die Staatsverschuldung um des wirtschaftlichen Wachstums willen sprunghaft angestiegen. Im *Schaubild* wird deutlich, daß durch das Finanzgebaren des Landes die zyklischen Schwankungen ausgeglichen und in der

Tabelle 1

Schulden des Landes, der Gemeinden und Gemeindeverbände

Jahresende	Schulden insgesamt		Von den Schulden entfielen auf					
			Land			Gemeinden (Gv)		
	Mill. DM	DM je Einwohner	Mill. DM	%	Zunahme in % ¹⁾	Mill. DM	%	Zunahme in % ¹⁾
1960	6 379,2	833,90	4 291,8	67,3		2 087,4	32,7	
1965	9 352,9	1 116,82	4 911,5	52,5	11,1	4 441,4	47,5	21,7
1970	11 905,5	1 323,39	5 971,9	50,2	1,8	5 933,6	49,8	8,2
1975	19 766,1	2 149,19	10 121,1	51,2	31,8	9 645,0	48,8	13,7
1976	22 324,3	2 444,18	12 111,8	54,3	19,7	10 212,5	45,7	6,8
1977	23 708,0	2 599,37	13 332,7	56,2	10,1	10 375,3 ²⁾	43,8	1,6
1978	25 830,6	2 830,03	15 297,7	59,2	14,7	10 532,9 ²⁾	40,8	1,5

¹⁾ Jeweils gegenüber Vorjahr. – ²⁾ Einschließlich kaufmännisch buchender Krankenhäuser.

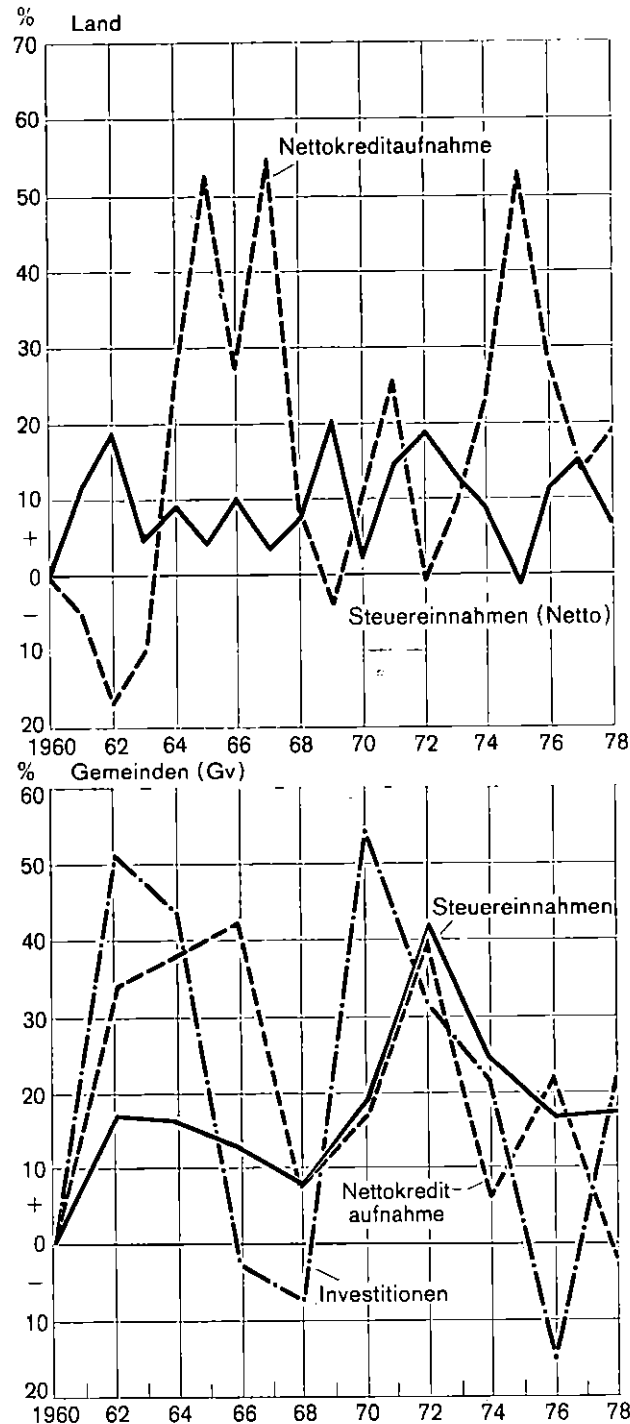
Depression hohe Kreditnahmen in Kauf genommen wurden. Die Gemeinden (Gv) waren in jüngster Zeit bestrebt, ihren Schuldenberg nicht mehr weiter zu erhöhen. Sie haben bei gleichzeitigem Abklingen ihrer wachstumspolitischen Investitionen die Steuermehreinnahmen, vor allem im Jahre 1977, dazu verwendet, ihren Schuldenstand zu reduzieren, was zu der wohl einmaligen Situation führte, daß Schuldenaufnahmen und Tilgungsraten nahezu dieselbe Höhe erreichten und somit eine Neuverschuldung von Null eingetreten ist. Auch 1978 hielt diese Konsolidierungstendenz noch an, wenn auch Anzeichen wieder einsetzender Investitionstätigkeit, nicht zuletzt ausgelöst durch die Investitionsprogramme des Bundes, trotz abgeschwächter Steuereinnahmen, vorhanden sind.

Hauptfinanzier sind die Banken

Die Verschuldungspolitik der öffentlichen Hand ist maßgebend beeinflusst durch die Art ihrer Finanzierung. Von den gesamten Schulden (25 450 Mill. DM) entfallen 78,9% auf das Bankensystem, davon 11,6 Mrd. Forderungen gegenüber dem Land, auf Nichtbanken 6,4%, 14,5% auf Schulden bei Verwaltungen. Die Bestände an Ausgleichsforderungen beim Land betrugen 1035 Mill. DM. Da der Bund die Tilgungsleistungen und die Hälfte des Zinsaufwands trägt, ist die Belastung des Landeshaushalts aus dieser Schuldenart verhältnismäßig niedrig. An Auslandsschulden waren lediglich 2,6 Mill. DM vorhanden, die Schulden bei Verwaltungen betrugen 2629 Mill. DM und bestanden zum überwiegenden Teil aus Krediten beim Bund und beim Lastenausgleichsfond (2,2 Mrd. DM).

Die Gläubigerposition der Kreditinstitute hat von 1977 auf 1978 um rund 2 Mrd. DM zugenommen, und zwar ausschließlich gegenüber dem Land. Mit der im September 1978 vom Land Baden-Württemberg aufgelegten Anleihe über 450 Mill. DM erhöhte sich zum Jahresende der Umlauf von Anleihen um rund 300 Mill. DM auf 1,3 Mrd. DM. Durch die allgemein zurückhaltende Kreditnachfrage konnten die öffentlichen Hände ihren Kreditbedarf ohne Schwierigkeiten am Geld- und Kreditmarkt decken, vor allem konnten durch günstige Mittelangebote langfristige Darlehen zur Verfügung gestellt werden. Während beim Land in den zurückliegenden Jahren sowohl die kürzerfristige als auch die langfristige Verschuldungsform gewählt wurde, kann man auf kommunaler Ebene eine ständige Aufwärtsbewegung der langfristig (10 Jahre und mehr) aufgenommenen Verbindlichkeiten erkennen, so daß 1978 nur noch rund 5% aller neu eingegangenen Schuldverpflichtungen eine Laufzeit von weniger als 10 Jahren hatten. Daneben wurden kurzfristig 130,4 Mill. DM Kassenkredite durch die Gemeinden (Gv) benötigt. Beim Land betrug das Verhältnis der kürzerfristigen zu den längerfristigen Krediten 1976 noch 3:1, zwei Jahre danach hat sich dieses Verhältnis umgekehrt in 1:3; 1977

Entwicklung der Steuereinnahmen und Kreditmarktschulden bei Land und Gemeinden (Gv)



153 79

waren die Anteile nahezu ausgeglichen. Im kommunalen Bereich konnte durch eine Sonderbefragung ermittelt werden, daß im vergangenen Jahr 116 Gemeinden die gewählte Finanzierungsart auf eine noch günstigere umstrukturierten, wobei insgesamt 254 Mill. DM umgeschuldet wurden.

Belastung durch Zinsverpflichtungen

Um die Schuldenbelastung oder gar die Verschuldungsgrenze feststellen zu können, bedient man sich in Praxis und Literatur der unterschiedlichsten Indikatoren. Eine gewisse Aussagekraft in dieser Richtung bringt zweifelsohne die Belastung der öffentlichen Haushalte durch Zinsverpflichtungen. Bei dieser

Tabelle 2
Schuldenaufnahmen nach Laufzeiten

Jahres- ende ¹⁾	Laufzeiten aus Kreditmarktmitteln						
	weniger als 4 Jahre		4 bis unter 10 Jahre		10 und mehr Jahre		insge- samt
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM
Land							
1976 ..	286,0	12,2	1 489,0	63,8	560,0	24,0	2 335,0
1977 ..	110,0	5,7	880,0	45,7	934,6	48,6	1 924,6
1978 ..	1,0	-	897,0	33,0	1 823,4	67,0	2 721,4
Gemeinden (Gv)							
1976 ..	73,2	5,3	70,0	5,0	1 242,2	89,7	1 385,4
1977 ..	35,4	3,1	50,1	4,5	1 039,8	92,4	1 125,3
1978 ..	26,8	2,3	34,9	3,1	1 084,0	94,6	1 145,7

¹⁾ Jeweils vom 1. 1. bis 31. 12. des Jahres.

Tabelle 3
Schulden des Landes, der Gemeinden (Gv) und Zweckverbände
nach Arten am 31. 12. 1978

Schuldenart	Land		Gemeinden (Gv)		Zweckverbände ¹⁾	
	Mill. DM	%	Mill. DM	%	Mill. DM	%
I. Schulden aus Kreditmarktmitteln	12 165,3	79,5	9 618,4	94,7	966,3	90,1
darunter						
Anleihen	1 142,5	7,5	203,8	2,0	—	—
Schulden bei Banken und Sparkassen	10 480,8	68,5	8 262,6	81,4	940,6	87,7
Schulden bei Versicherungen, Bausparkassen, Bundesbahn und Bundespost	1,4	—	515,9	5,1	5,0	0,5
Kredite von Sozialversicherungen	540,6	3,5	560,1	5,5	9,6	0,9
II. Ausgleichsforderungen	1 034,5	6,8	—	—	—	—
III. Auslandsschulden	0,2	—	2,4	—	3,8	0,4
IV. Schulden bei Verwaltungen	2 097,7	13,7	531,6	5,3	102,2	9,5
darunter						
Kredite vom Bund und LAF	2 097,7	13,7	88,2	0,9	2,9	0,3
Insgesamt	15 297,7	100	10 152,4²⁾	100	1 072,3	100
Außerdem						
Kassenkredite	—	—	130,4	—	14,8	—
Innere Verschuldung	—	—	34,6	—	—	—
Bürgschaften (Haftungssumme)	1 291,3	—	4 223,6	—	1,4	—
darunter für Wohnungsbau	268,4	—	2 827,1	—	—	—
für Wirtschaftsförderung	1 022,9	—	985,4	—	—	—

¹⁾ Einschließlich Gemeindeverwaltungsverbände (35 Mill. DM). — ²⁾ Ohne kaufmännisch buchende Krankenhäuser.

Berechnungsart ergibt sich das aufschlußreiche Ergebnis, daß 1960 die laufenden Ausgaben des Landes und der Gemeinden (Gv) in nahezu gleicher Höhe durch Zinsausgaben belastet waren, daß aber in den folgenden Jahren die Kommunalhaushalte in weitaus stärkerem Maße durch den Zinsendienst in Anspruch genommen waren als der Landeshaushalt. Erst im Jahre 1978 näherten sich die Werte wieder, die Zinsausgaben blieben aber beim Land trotz hoher Neuverschuldung noch unter dem Anteil des Jahres 1960.

Jahr	% - Anteil der Zinsausgaben an den laufenden Ausgaben	
	Land	Gemeinden (Gv)
1960	4,8	4,5
1965	2,8	5,6
1970	3,0	4,8
1975	3,6	6,0
1976	4,3	5,9
1977	4,5	5,6
1978	4,5	5,3

Nicht weniger wichtig als die Belastung der Haushalte durch den Zinsendienst ist die durch Tilgungsleistungen. Rund ein Drittel der Kreditmarktschulden des Landes Ende 1978 wird in den vier Haushaltsjahren 1979 bis 1982 mit einem Gesamtbetrag von 3912 Mill. DM fällig, und zwar mit erhöhten Tilgungsraten von 1,1 bzw. 1,2 Mrd. DM in den Jahren 1980 und 1981. Bei den Kommunen liegt durch den hohen Anteil der langfristigen Schulden das Schwergewicht der Rückzahlungen erst nach dem 31. 12. 1982 (6890 Mill. DM von 9618 Mill. DM). Die in den davor liegenden Jahren fälligen Tilgungsraten belasten die Gemeindehaushalte jeweils in etwa derselben Höhe wie die Zinsausgaben.

Kommunale Schulden haben 10-Milliarden-Grenze überschritten

Von den gesamten Schulden im Kommunalsektor mit 10,2 Mrd. DM entfielen rund ein Viertel auf die neun Stadtkreise, zwei Drittel auf die kreisangehörigen Gemeinden, der Rest auf die Landkreisverwaltungen, die zwei Landeswohlfahrtsverbände und einen Regionalverband (elf Regionalverbände sind schuldenfrei). Auf den Kopf der Bevölkerung berechnet hat sich die Schuldenlast aller Gemeinden und Gemeindeverbände im Jahr 1978 gegenüber 1977 von 1128 DM auf 1112 DM verringert. Dabei ist die Schuldenquote der Stadtkreise mit 1325 DM je Einwohner eineinhalbmal so hoch wie

die der kreisangehörigen Gemeinden (904 DM). Bei den Stadtkreisen steht Heidelberg mit einer Schuldenbelastung von 1797 DM nunmehr an erster Stelle; die Stadt Karlsruhe, die jahrelang die höchstverschuldete Gemeinde im Lande war, ist durch erhöhte Tilgungsleistungen und sonstige Abgänge auf den 5. Platz gerückt (1509 DM). Den zweiten Platz nimmt Pforzheim mit 1601 DM ein, es folgen Mannheim (1568 DM) Baden-Baden (1546 DM), Stuttgart (1262 DM), Freiburg (1174 DM) und Ulm (827 DM). Den niedrigsten Schuldenstand bei den Stadtkreisen je Einwohner hat Heilbronn mit 312 DM. Durch die schwerpunktmäßig im Jahre 1978 vollzogene Umwandlung der kommunalen Krankenhäuser in Sondervermögen sind bei den Städten Karlsruhe und Heilbronn recht beträchtliche Schuldenabgänge (210 DM bzw. 99 DM je Einwohner) zu verzeichnen, die zu einem niedrigeren Schuldenstand führten, als er nach der Schuldenbewegung eingetreten wäre. Dasselbe gilt für die Landkreisverwaltungen, deren Bruttoschuldenaufnahme (172,8 Mill. DM) höher war als die Tilgungen (74,8 Mill. DM), für die aber durch die Schuldenabgänge ihrer Krankenhäuser ein effektiver Rückgang im Schuldenstand von 113,0 Mill. DM eingetreten ist. Der höchste Schuldenstand innerhalb der Landkreisverwaltungen beträgt 361 DM je Einwohner, der niedrigste 40 DM je Einwohner, als Landesdurchschnitt haben sie einen Schuldenstand von 148 DM je Einwohner aufzuweisen. Die kreisangehörigen Gemeinden haben sich gegenüber dem Vorjahr etwas stärker verschuldet (+ 2,3%). Auffallend ist aber, daß 1978 sich die Gemeinden der unteren Größenklassen weit mehr verschuldet haben, als die größeren. Dies dürfte darauf zurückzuführen sein, daß dort noch genügend Investitionsaufgaben zu bewältigen sind, während die großen Gemeinden und Städte vor allem auf die Konsolidierung ihrer Finanzen bedacht waren. Wie sehr die Gesamtzahlen für alle Gemeinden oder auch für einzelne Größenklassen nur einen eingeschränkten Aussagewert haben und keine wirkliche Beurteilung der tatsächlichen Verschuldung der Einzelgemeinde zulassen, wird deutlich aus der Spanne zwischen der höchstverschuldeten Gemeinde mit 3168 DM Schulden je Einwohner und der am wenigsten verschuldeten mit nur 74 Pfennigen.

Im kommunalen Bereich nehmen außer den Gemeinden und den Landkreisverwaltungen die Zweckverbände und Gemeindeverwaltungsverbände kommunale Aufgaben wahr. Im Lande gibt es zur Zeit 418 solcher Zweckverbände, von denen 79 schuldenfrei waren, die übrigen einen Schuldenstand von rund 1 Mrd. DM aufwiesen, der gegenüber dem Vorjahr um 6,8% angewachsen ist. Darin enthalten sind 35 Mill. DM Schulden von 25 Gemeindeverwaltungsverbänden, die übrigen 91 haben noch keine Schulden. Auf die Bevölkerung des Landes

Tabelle 4

Schulden der Gemeinden (Gv) nach Gemeindegrößenklassen und Körperschaftsgruppen

Körperschaftsgruppe Größenklasse	Schulden am 31.12. 77	Schuldenbewegung		Zu- (+) Abgänge (-) ¹⁾	Verschuldung	
		Aufnahme	Tilgung		31.12. 77	31.12. 78
		Mill. DM			DM je Einwohner	
Stadtkreise	2 603,5	131,0	235,8	- 71,3	1 414	1 325
Stuttgart	801,9	7,2	72,1	-	1 365	1 262
Mannheim	507,8	14,6	45,7	-	1 654	1 568
Karlsruhe	489,9	28,0	45,4	- 57,8	1 779	1 509
Freiburg	200,0	32,1	25,3	- 2,8	1 146	1 174
Heidelberg	211,9	33,0	13,4	+ 0,4	1 638	1 797
Heilbronn	56,5	0,6	11,3	- 11,1	504	312
Pforzheim	173,3	8,8	11,3	-	1 616	1 601
Ulm	81,9	6,7	7,1	-	829	827
Baden-Baden	80,3	.	4,2	-	1 634	1 546
kreisangehörige Gemeinden	6 432,9	900,1	704,7	- 32,6	884	904
mit 50 000 und mehr Einwohner	762,1	82,5	62,1	- 9,1	930	949
20 000 bis unter 50 000 Einwohner	1 803,5	222,6	194,5	+ 5,7	1 050	1 074
10 000 bis unter 20 000 Einwohner	1 381,1	174,2	140,2	- 19,7	923	929
5 000 bis unter 10 000 Einwohner	1 237,9	204,5	154,6	- 4,9	789	812
3 000 bis unter 5 000 Einwohner	703,7	116,1	86,5	- 3,2	772	797
weniger als 3 000 Einwohner	544,6	100,2	66,8	- 1,4	711	748
Landkreise	1 190,1	172,8	74,8	-211,0	163	148
Bezirksverbände	57,7	-	4,4	- 1,0	6	6
Gemeinden (Gv) insgesamt	10 284,2	1 203,9	1 019,7	-315,9	1 128	1 112

¹⁾ saldiert.

bezogen bedeutet dies eine weitere Schuldenbelastung von DM 117.

Ausblick

Der Finanzminister des Landes hat in seiner Etatrede zum Haushalt 1979 ausgeführt, daß der große Unsicherheitsfaktor das Steuerentlastungsprogramm sei, das dem Land und seinen Kommunen im Jahre 1979 netto rund 750 Mill. DM Steuermindereinnahmen bringen werde, davon 400 Mill. DM für das Land.

Neuere Steuerschätzungen haben inzwischen ergeben, daß diese drohenden Einnahmeausfälle durch Steuermehreinnahmen aufgrund der verbesserten wirtschaftlichen Entwicklung abgedeckt werden können. Diese Entwicklung wird es dem Land ermöglichen, seine im Haushaltsplan 1979 bisher veranschlagte Kreditaufnahme in einem Nachtrag um die durch das Haushaltsgesetz bereits gesperrten 300 Mill. DM auf brutto rund 3,6 Mrd. DM und netto 2,7 Mrd. DM herabzusetzen.

Die Landesregierung hat ferner angekündigt, daß sie auch die für 1980 zu erwartenden Einnahmeverbesserungen weitestgehend zur Herabsetzung der im Mittelfristigen Finanzplan vorgesehenen Kreditaufnahme verwenden werde. Damit soll die Konsolidierung des Landeshaushalts weiter vorangetrieben werden. Aus gegenwärtiger Sicht ist daher zu erwarten, daß

sich der Schuldenstand des Landes weniger dramatisch entwickeln wird, als dies im Mittelfristigen Finanzplan 1978 bis 1982 ausgewiesen ist.

Auf dem kommunalen Sektor wird sich der Abbau der Gewerbesteuer durch die mehrmalige Anhebung der Freibeträge bei der Gewerbebeertragsteuer und die Einführung neuer Freibeträge bei der Gewerbesteuer weiter fortsetzen; inwieweit diese steuerlichen Einnahmeverluste durch die Absenkung der Gewerbesteuerumlage und die Erhöhung des Gemeindeanteils an der Einkommensteuer kompensiert werden, hängt von der weiteren wirtschaftlichen Entwicklung ab. Ziemlich sicher und aus der Graphik zu erkennen ist, daß in der kommunalen Finanzwirtschaft die Einnahmen und damit die Schuldenaufnahmen sich weitgehend an den Investitionserfordernissen orientieren. Wie dieses Investitionsniveau sich künftig gestalten wird, wenn die Konjunkturprogramme des Bundes ausgelaufen sind, kann auch aus der mittelfristigen Finanzplanung 1977 bis 1981 nicht erschöpfend beantwortet werden, da bekanntlich in diesen Planungen der investive Bereich zu vorsichtig beurteilt wird. Aus ihr kann nur entnommen werden, daß die Gemeinden (Gv) ihre zögernde Haltung in der Neuverschuldung beibehalten wollen, denn mit der geplanten Ausweitung der Kreditmarktmittel um 28,2% bis zum Jahre 1981 würde diese weit unter der des Landes mit 69,3% im selben Zeitraum bleiben.

Ruth Kretschmer

Neuere Entwicklungstendenzen im Zierpflanzenbau

Der Zierpflanzenbau stellt, gemessen am monetären Ertrag, die bedeutendste Sparte im baden-württembergischen Erwerbsgartenbau dar. Gut die Hälfte der rund 5000 im Land ansässigen Gärtnereien sind in dieser Fachsparte tätig. Die von diesen Betrieben erzielten Verkaufserlöse sind zu rund einem Fünftel an den gesamten Einnahmen der Landwirtschaft aus pflanzlicher Erzeugung beteiligt, obwohl der Zierpflanzenanbau (ohne Baumschulflächen) nur etwa 0,08% der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche ausmacht. Mit rund 500 Mill. DM Verkaufseinnahmen übertrifft der Zierpflanzen-

bau erheblich die Marktleistung des Getreide- oder Gemüsebaus. Seit 1970 konnten die heimischen Zierpflanzenbaubetriebe den Gesamtwert ihrer Erzeugung um gut ein Drittel erhöhen. Gleichzeitig stiegen die Einfuhren nach Baden-Württemberg an lebenden Pflanzen und Erzeugnissen der Ziergärtnerei um das Zweieinhalbfache auf gut 140 Mill. DM im Jahr 1978. Die Zierpflanzenausfuhren haben zwar ebenfalls stärker zugenommen, bei einem Gesamtwert von rund 10 Mill. DM sind sie aber noch von untergeordneter Bedeutung.

Die wachsende Blumennachfrage wird auch durch die Ergeb-